KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

31.03 – 06.04.2023

Staatspräsident Emmanuel Macron und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sind nach China gereist, um mit Xi Jinping über mögliche Wege aus dem Krieg in der Ukraine zu sprechen. Peking spielt aus der Sicht von Macron „eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Frieden" im Ukraine-Krieg. In bilateralen Gesprächen mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping lotete Macron am 6. April in Peking aus, ob China dafür seinen Einfluss auf seinen „strategischen Partner" Russland nutzen würde. Anschließend stand eine Dreierrunde mit von der Leyen auf dem Programm. Macron wollte nach eigenen Angaben versuchen, „China hinsichtlich einer gemeinsamen Verantwortung für Frieden und Stabilität einzubinden". China habe die Einhaltung der UN-Charta bekräftigt, wozu auch territoriale Integrität und Souveränität einzelner Länder gehörten. „Diese zu verteidigen, bedeutet, auch zusammen voranzugehen und zu versuchen, einen Weg zum Frieden zu finden", hob Macron in einer Rede am 5. April in der französischen Botschaft hervor.

Die französische Armee setzt ihr Überwachungsflugzeug Atlantique 2 (ATL 2) in Rumänien ein, um Minen im Schwarzen Meer aufzuspüren. Zum ersten Mal seit Beginn des Krieges in der Ukraine beschloss Frankreich, in seiner Funktion als Rahmennation der in Rumänien stationierten europäischen NATO-Streitkräfte, ein Flugzeug zur Seeüberwachung und U-Boot-Bekämpfung nach Constanta zu verlegen. Das ATL2 wird aufgrund ihrer vielfältigen Überwachungs- und Einsatzmöglichkeiten auch als „Schweizer Taschenmesser der französischen Marine" bezeichnet. Es handelt es sich um eine mindestens 14-tägige Mission.

Der Entwurf des Militärprogrammgesetzes (LPM) 2024-2030 wurde am 4. April im Ministerrat vorgestellt und sieht einen historischen jährlichen Anstieg von 3 bis 4 Milliarden Euro vor. Wie von Emmanuel Macron im Januar angekündigt, erhöht es den Gesamthaushalt der Streitkräfte in sieben Jahren auf 413 Milliarden Euro. Der Verteidigungshaushalt soll bis 2030 69 Milliarden Euro betragen, gegenüber 32 Milliarden Euro im Jahr 2017. Es handelt sich nicht um eine Obergrenze, sondern um einen „Grundpfeiler" zu dem je nach Bedrohungslage „eventuell Ergänzungen vorzusehen sind", betont das Ministerium, das auf eine Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament vor dem 14. Juli hofft.

Staatspräsident Emmanuel Macron will bis zum Ende des Sommers einen Gesetzesentwurf zur Sterbehilfe in Frankreich vorlegen. Er reagierte damit auf die Vorstellung des Arbeitsergebnisses des Bürgerkonvents, der von Dezember 2022 bis April 2023 zu dem Thema getagt hatte. Macron verpflichtete sich nicht, die Empfehlungen der 184 per Losverfahren ausgewählten Personen zu übernehmen. Die Mehrheit von ihnen tritt insbesondere für eine Öffnung der aktiven Sterbehilfe ein. Macron sprach sich für einen verbesserten Zugang zur Palliativmedizin, blieb in Bezug auf die aktive Sterbehilfe jedoch ausweichend. Er erklärte lediglich, dass der vom Bürgerkonvent vorgegebene Rahmen als „rote Linien" dienen solle.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire stellte am 3. April die möglichen Grundzüge des Gesetzesentwurfs für eine grüne Industrie vor. Vorgestellt wurden Vorschläge zu fünf Themenbereichen: Besteuerung, Sanierung von Industriebrachen, Produktion in Frankreich, Finanzierung und Ausbildung. Die insgesamt dreißig Vorschläge sollen bis Ende April öffentlich diskutiert werden. Ziel ist es, dem Ministerrat im Mai einen Gesetzentwurf zur grünen Industrie vorzulegen und diesen im Sommer zu verabschieden. Bis dahin will Bruno Le Maire auch die Oppositionsvertreter empfangen, um eine Mehrheit für dieses „Thema von nationalem Interesse" aufzubauen.

Nach einem nur einstündigen Gespräch in Matignon am 5. April, bedauerten die Gewerkschaften den „Misserfolg" ihres Treffens mit Premierministerin Elisabeth Borne. Diese hatte es wenig überraschend abgelehnt, die Rentenreform zurückzunehmen. Die Gewerkschaften forderten nach dem Gespräch weiterhin eine „Rücknahme" der Reform und riefen „möglichst viele Arbeitnehmer und Bürger" zur Teilnahme an den für den 6. April geplanten Demonstrationen auf.

Die Pariser Abfallwirtschaft ruft ab dem 13. April zu einem neuen Streik gegen die Rentenreform auf. Die Gewerkschaft CGT der Abfall- und Abwasserbranche von Paris hatte bereits im März einen dreiwöchigen Streik durchgeführt. Die Müllberge in der französischen Hauptstadt hatten weltweit für Aufsehen gesorgt.

Die Bewohner von Paris haben mit großer Mehrheit für ein Verbot des E-Scooter-Verleihs in der Stadt gestimmt. Bei einer Bürgerbefragung sprachen sich am 2. April 89 Prozent für die Abschaffung der Mietroller aus. Allerdings beteiligten sich nur 7,46 Prozent der rund 1,3 Millionen in die Wählerlisten eingetragenen Einwohner an der Abstimmung. Davon unabhängig betrachtet Paris den Ausgang der Bürgerbefragung aber als bindend. Das Verbot soll zum 1. September 2023 in Kraft treten.

Staatssekretärin Marlène Schiappa, ließ sich für das Titelblatt des Magazins Playboy ablichten. Marlène Schiappa arbeitete als feministische Autorin und Bloggerin, bevor sie in die Politik ging und von 2017 bis 2020 Frankreichs erste Ministerin für die Gleichheit zwischen Frauen und Männern wurde. Derzeit befasst sie sich als Staatssekretärin unter anderem mit den Themen Sozial- und Solidarwirtschaft. Neben den Fotos, auf denen Schiappa in Kleidung in den französischen Nationalfarben zu sehen ist, gab die Staatssekretärin ein zwölfseitiges Interview über Frauen- und Schwulenrechte sowie Abtreibung. Die französische Premierministerin Élisabeth Borne soll nach Angaben der französischen Presseagentur AFP Schiappa stark kritisiert haben. Besonders in der aktuellen Lage Frankreichs in Hinblick auf die Rentenreform sei Schiappas Verhalten „unangemessen".

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains, Eric Ciotti, will ab Ende April mit einer „Themenzeitschrift" die inhaltliche Ausrichtung der Partei vorantreiben. Im Vorfeld hatte die Partei ihre Parteimitglieder in Hinblick auf die Gründung dieses neuen Mediums befragt. „Une certaine idée" (Eine gewisse Idee) orientiert sich an der gleichnamigen Zeitschrift, die unter der Ägide des RPR von Jean de Boishue gegründet worden war. Dieser war in Regierung Juppé 1 unter Jacques Chirac der ehemalige Staatssekretär für Hochschulbildung. Ziel der Zeitschrift soll es sein, den Kreis der Partei zu erweitern, indem sie sich „Intellektuellen unterschiedlicher politischer Ausrichtung" öffnet.

DIE ZAHL DER WOCHE

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop für Le Figaro Magazine und Sud Radio, die am 5. April veröffentlicht wurde, ergab, dass Marine Le Pen 31% der Stimmen erhalten würde, wenn der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am kommenden Sonntag stattfinden würde. Dies wäre ein Anstieg um 8 Prozentpunkte gegenüber dem ersten Wahlgang im Jahr 2022. Das Umfrageinstitut geht in diesem Fall von einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten des linken Lagers aus. Jean-Luc Mélenchon würde 22% der Stimmen erhalten; Edouard Philippe als Vertreter der Präsidentenmehrheit 28 %. Wenn die Linke nicht geschlossen antreten würde, stünde Marine Le Pen weiterhin an erster Stelle (29 %), vor dem ehemaligen Premierminister Edouard Philippe (26 %). Die Vertreterin des Rassemblement National würde sogar auf 36 % der Wahlabsichten kommen, wenn der Vorsitzender der Zentristen MoDem, François Bayrou, die Präsidentenmehrheit verkörpern würde (9 %). Im Fall einer Kandidatur des derzeitigen Inneministers Gérald Darmanin würden sich 11% der Stimmen für die Regierungsmehrheit ergeben (Marine Le Pen 35 %) – Finanzminister Bruno Le Maire käme auf 18 % (Marine Le Pen 32%). Die Républicains würden bei einer Kandidatur von Laurent Wauquiez 4% erhalten, sollte dieser gegen Edouard Philippe antreten, 10% im Falle einer Kandidatur von François Bayrou. Der Rechtspopulist Éric Zemmour würde seinerseits zwischen 6 und 7 % schwanken.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich